

10.03.2020

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Menschenunwürdige Situation an der türkisch-griechischen Grenze und in den griechischen Flüchtlingslagern spitzt sich zu – Landesregierung muss jetzt handeln“ (Drs. 17/8763)

Dringende Unterstützung für Griechenland und humanitäre Unterstützung für Idlib

I. Ausgangslage

Die Zustände in den Aufnahmeeinrichtungen auf den griechischen Inseln sind katastrophal und untragbar. Nach offiziellen griechischen Angaben befinden sich gegenwärtig mehr als 19.000 Migranten und Flüchtlinge auf den fünf Ägäis-Inseln Lesbos, Chios, Samos, Leros und Kos. Die Flüchtlingslager dort sind aber für insgesamt lediglich 6000 Menschen ausgelegt. Es mangelt an Sanitäreinrichtungen und Gesundheitsversorgung. Besorgniserregend sind zudem Konflikte zwischen frustrierten Gruppen, zunehmende sexueller Belästigung, Gewaltausbrüchen sowie die zunehmende Notwendigkeit für medizinische und psychosoziale Versorgung. Insbesondere leiden Kinder, Jugendliche und besonders vulnerable Gruppen an der Überbelegung in den überfüllten Flüchtlingslagern. Ärzte ohne Grenzen berichtet von Kindern, darunter Säuglingen, die an Krankheiten wie Diabetes, Asthma und Herzkrankheiten leiden. Sie seien gezwungen, in Zelten zu leben, unter katastrophalen unhygienischen Bedingungen, ohne Zugang zu der medizinischen Versorgung und den Medikamenten, die sie brauchen¹.

Die derzeitige Lage in Griechenland spitzt sich durch den Konflikt zwischen der Türkei und Syrien weiter zu. Aufgrund der militärischen Auseinandersetzungen in Idlib sind an die eine Million Menschen, vor allem Frauen und Kinder, auf der Flucht. Der größte Teil befindet sich auf dem Weg in die Türkei, die bereits 3,6 Millionen syrische Flüchtlinge aufgenommen hat. Durch die zeitweilige Öffnung der Grenze zu Griechenland von Seiten der Türkei, verschärft sich die Flüchtlingssituation an den griechischen Grenzgebieten immer weiter. Schutzsuchende werden zum Spielball internationaler Machtpolitik ausgenutzt und unzumutbaren Umständen ausgesetzt. Europa und die internationale Gemeinschaft müssen darauf schnell reagieren und bereit sein, weitere humanitäre Hilfe für die Menschen in Idlib und die Geflüchteten in der Türkei zu leisten.

¹ <https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/presse/griechenland-verweigert-fluechtlingskindern-gesundheitsversorgung> Stand: 09.03.2020

Datum des Originals: 10.03.2020/Ausgegeben: 10.03.2020

Als Europäische Gemeinschaft dürfen wir Griechenland bei dieser schweren humanitären Lage nicht alleine lassen. Neben Deutschland haben sich bereits weitere europäische Staaten wie Frankreich, Portugal und Finnland für eine Zusammenarbeit bereiterklärt. Die Bundesregierung muss jetzt gemeinsam mit diesen Staaten schnelle Lösungen erarbeiten.

In Deutschland und auch NRW haben sich bereits eine beachtliche Anzahl von Städten und Kommunen für die Aufnahme minderjähriger Geflüchteter ausgesprochen. Insbesondere hervorzuheben sind hier auch die SPD-geführten Bundesländer. Diese müssen in ihrem Engagement unterstützt und in die anschließenden Aufnahmeprozesse eingebunden werden.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- Den Beschluss des Koalitionsausschusses vom 8. März 2020 zu unterstützen, indem die Übernahme von zunächst 1000 bis 1500 Kindern, die entweder wegen einer schweren Erkrankung dringend behandlungsbedürftig oder aber unbegleitet und jünger als 14 Jahre alt sind, im Rahmen einer „Koalition der Willigen“ organisiert wird. Für diese Gruppe müssen wir Sorge tragen, dass sie zudem auch im Rahmen der Familienzusammenführung nach den Regelungen der Dublin III-Verordnung schnell und unbürokratisch zu ihren Angehörigen in Deutschland reisen können.
- Die anteilige Übernahme dieser Kinder in enger Absprache mit den NRW-Kommunen, die sich bereit erklärt haben, besonders schutzbedürftige Gruppen von den griechischen Inseln aufzunehmen, in die Wege zu leiten.
- Auf Bundesebene Sofortmaßnahmen zu unterstützen, die die Zivilbevölkerung in und um Idlib mit humanitärer Hilfe versorgt. Dazu muss die vereinbarte Waffenruhe und die Einrichtung eines Sicherheitskorridors genutzt werden.
- Auf Bundesebene eine europäische Lösung zu unterstützen, die die Situation auf den griechischen Inseln langfristig und nachhaltig stabilisiert. Ein Weg könnte sein, dem UNHCR die operative Verantwortung zur Leitung der Flüchtlingszentren zu übertragen. Für eine grundsätzliche Lösung bedarfs es einer Neuausrichtung der europäischen Flüchtlingspolitik und des gemeinsamen europäischen Asylsystems. Das Prinzip der Zuständigkeit des Ersteinreisestaates muss überarbeitet werden.
- Auf Bundesebene die Entwicklung eines Pilotmodells für ein gemeinsam betriebenes europäisches Asylzentrum auf den griechischen Inseln zu unterstützen, das für die Registrierung und Verteilung der Flüchtlinge zuständig ist. Es bedarf einer gerechten und solidarischen Verteilung geflüchteter Menschen auf die einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Nur so kann eine dauerhaft eine Entlastung der Staaten an den EU-Außengrenzen und somit auch insbesondere Griechenlands gewährleistet werden.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Lisa Kapteinat
Ibrahim Yetim

und Fraktion